

Flughafen Wien Vorstand Günther Ofner zu Fixkostenzuschuss

Rasche Genehmigung des Fixkostenzuschusses 2 notwendig - Blockade durch EU Kommission völlig unverständlich und eine Gefährdung der Aufrechterhaltung des Betriebs von kritischer Infrastruktur und vieler Arbeitsplätze - Auch nach 6 Monaten fehlt gleichzeitig jeglicher Fortschritt bei der Entwicklung europaweit einheitlicherer Reiseregelungen - ein dramatisches Versagen

„Die in den Sommermonaten sehr zaghaft begonnene Erholung des internationalen Flugverkehrs wird durch den neuerlichen Anstieg der Infektionszahlen massiv gebremst, die Passagierzahlen brechen wieder sehr stark ein, was durch das nur als chaotisch zu bezeichnende Wirrwarr an je nach EU-Land völlig unterschiedlichen Regelungen und Reisebeschränkungen zusätzlich verschärft wird. Obwohl die Pandemie schon ein halbes Jahr dauert, ist bedauerlicherweise eine EU-weite Koordinierung und Standardisierung nicht einmal ansatzweise sichtbar und bisher leider ein Totalversagen der damit Befassten festzustellen“, erläutert Flughafenvorstand Günther Ofner die akute Problemsituation.

„Die verlustbringende Aufrechterhaltung des ungestörten Betriebs unserer kritischen Infrastruktur trotz fehlender Auslastung, wie es beim Flughafen nicht zuletzt aus Gründen der Versorgungssicherheit und Aufrechterhaltung der Konnektivität notwendig ist, kostet allein in unserem Fall monatliche Fixkosten von bis zu € 20 Mio.. Eine wichtige Hilfe dabei wäre der dankenswerterweise von der Regierung vorgeschlagene erweiterte Fixkostenzuschuss. Dass dieser nun trotz der Dramatik der Entwicklung von der EU Kommission blockiert wird und allen Ernstes gleichzeitig eine Begrenzung auf maximal T€ 800 verlangt wird, ist ein Schlag ins Gesicht jener, die gerade in der Krise alle Kräfte im Dienst der Allgemeinheit mobilisieren, um den Betrieb aufrechtzuerhalten und Arbeitsplätze abzusichern. Diese Blockadehaltung einer von jeglicher Realität losgelösten Bürokratie muss daher sofort beendet werden, der Fixkostenzuschuss ist dringend zu genehmigen“, verlangt Ofner.

„Als besonders grotesk muss in diesem Zusammenhang gewertet werden, dass jenes Land, in dem die meisten EU Institutionen beheimatet sind, nämlich Belgien, seine Einreisebestimmungen derart geändert hat, dass nur in Belgien durchgeführte PCR Tests anerkannt werden, nicht aber auch solche aus anderen EU Ländern, dass sich die EU Kommission dagegen eingeschaltet hätte, ist aber bisher nicht bekannt“, sagte der Flughafen Wien Vorstand abschließend.

Rückfragehinweis:

Pressestelle Flughafen Wien AG

Peter Kleemann, Unternehmenssprecher

Tel.: (+43-1-) 7007-23000

E-Mail: p.kleemann@viennaairport.com

Website: www.viennaairport.com



www.facebook.com/flughafenwien



twitter.com/flughafen_wien